

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 12

Artikel: Wie Christen in Südafrika für die Menschenrechte kämpfen
Autor: Kobe, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie Christen in Südafrika für die Menschenrechte kämpfen

Anfangs Juni 1975 wurde das Christliche Institut (CI) in Johannesburg, gegründet und geleitet von Pfarrer Dr. Beyers Naudé, einer südafrikanischen niederländischen Kirche zugehörig, durch die Regierung als «eine den Staat gefährdende Organisation» erklärt. Diese Anschuldigung fußt auf einem 167seitigen Bericht der Grange Commission, die vom Parlament beauftragt war, dieses Institut auf Herz und Nieren zu prüfen, aufgrund dessen schließlich, auf ungesetzlichen Wegen, diese Verurteilung erging. Denn weder das durch das Gesetz geforderte dreimännrige Abgeordnetenkomitee zur Antragstellung an den Justizminister war je mit den Verantwortlichen des CI vorher in Verbindung getreten, noch hatte sich je eine parlamentarische Kommission bemüht, solches zu tun.

Das Ergebnis der Untersuchung war dann auch darnach. Beyers Naudé und Prof. Colin Gardner, der Vorsitzende des Arbeitsausschusses des CI, bezeichneten die von der Untersuchungskommission festgelegte Rechtsgrundlage — daß der Staat zu entscheiden habe, «ob die Unternehmen und die Tätigkeiten des Institutes die Sicherheit des Staates gefährde» — «als nackten Totalitarismus, der das von Gott jedem Menschen gegebene Recht an sich reißt, was vom CI absolut zurückgewiesen wird».

Im Bericht wurde dem CI unter anderem vorgeworfen: es sei ein südafrikanisches Abbild des Ökumenischen Rates in Genf; seiner Erscheinung, seinem Charakter und seiner Tätigkeit nach sei es völlig zu einer politischen Körperschaft geworden; seine finanzielle Unterstützung aus dem Ausland führe dazu, daß fremde Organisationen in ihm einen unziemlichen Einfluß ausüben; daß Black Power (die Macht der Schwarzen; WK) für ein Mittel gehalten werde, um die ersehnten Veränderungen — zwischen den Zeilen: durch die Vorbereitung einer Revolution — hervorzurufen; daß das CI einen von den Schwarzen beherrschten sozialistischen Staat erstrebe und, um ihn zu erreichen, gewalttätige Mittel anerkenne. Dabei ist Beyers Naudé schon seit langem Mitglied des International Fellowship of Reconciliation (Int. Versöhnungsbund), der sich für soziale Gerechtigkeit und für die Überwindung des Krieges durch gewaltfreie Mittel einsetzt.

Beyers Naudé und Colin Gardner bezeichnen diesen Bericht als eine «Stümperarbeit, voll von ausgesprochenen Lügen, Halbwahrheiten und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen».

Die staatliche Erklärung des CI als eine staatsgefährdende Organi-

sation rief den Bund der evangelisch lutherischen Kirchen in Südafrika (FELCSA) auf den Plan, welcher, auszugsweise, in einer Erklärung vom 20. Juni 1975 zum Ausdruck brachte: «Nicht nur macht sich der Bericht einer irrtümlichen Darstellung von Tatsachen schuldig, sondern seine verallgemeinernden und unbegründeten Anklagen, wie etwa, daß die Black Theology (Schwarze Theologie), in welche das CI verwickelt sei, auf den Kommunismus hin ausgerichtet sei, ist für uns völlig unannehmbar. Die grundsätzliche Christlichkeit des CI kann in keiner Weise angezweifelt werden und solche wird, wie wir glauben, ihm auch die Kraft geben, weiterhin sein Versöhnungswerk im Namen Jesu in Südafrika durchzuhalten.»

Inzwischen sind bis in den Oktober 1975 fünfzehn maßgebende Mitglieder des CI aufgrund des Sicherheitsgesetzes inhaftiert worden, das eine unbefristete Internierung ohne ein Urteil erlaubt, wobei Angehörigen kein Besuchsrecht gewährt wird, wie auch eine Rechtsbeihilfe unerlaubt ist. Allerdings bestand der Anlaß zu einer Internierung in einer Besprechung mit einem heimlich im August Südafrika besuchenden französischen Schriftsteller und Dichter, zielte aber trotzdem auf die Tätigkeit des CI.

Punkto der Beschuldigung, daß die Black Theology kommunistisch sei, wehrte sich der schwarze Pfarrer Dr. Manas Buthelezi, bis jüngst Direktor des Natalzweiges des CI und jetziger Generaldirektor des FELCSA. In einem Vortrag an der 12. Mitgliederversammlung des CI berichtete er, daß der der Verurteilung des CI zugrundeliegende Kommissionsbericht erstellt worden sei, nachdem sich die Kommission von «Fachmännern» über die Black Theology habe unterrichten lassen. Was diese Politiker dabei lernten, zeichnete Buthelezi folgenderweise: «Der Bericht, den sie nach dem Unterrichtskurs schrieben, ist enttäuschend. Müßte ich ihn mit einer Schulzeugnisnote bewerten, dann erhielte er ein großes 'F' (das heißt falsch). Nachdem man den Bericht gelesen hat, besonders den Abschnitt über die Black Theology, dann unterliegt man dem Eindruck, daß die Kommissionsmitglieder die Experten, welche im Geheimen zu ihnen sprachen, falsch verstanden haben, oder daß die namenlos gebliebenen Experten sie unverantwortlich in die Irre geführt und falsch unterrichtet haben.» Weiter führte er aus, daß die Black Theology kein fremder Import in dem Sinne war, daß ihr Erscheinen in Südafrika nicht mit seinen Umständen in Verbindung stünde. «Es stimmt, daß, als ein Denk- und Arbeitsmodell des Theologisierens, die Black Theology aus den USA stammt. Solches besudelt aber keineswegs ihre Unbescholtenheit. Die Tatsache, daß das Christentum in dieses Land durch weiße, fremde Europäer gebracht wurde, ist für die Schwarzen kein Grund, um es zu verwerfen. Die Black Theology ist ein Versuch, vonseiten von schwarzen Theologen das Evangelium in solcher

Weise zu verstehen, daß es mithilft, den Schaden, welche die Apartheid anrichtet in Ordnung zu bringen. Das Evangelium, so verstanden, sagt den Schwarzen: 'Auch ihr, so schwarz wie ihr seid und obwohl ihr euch arm und machtlos fühlt, seid nach dem Bilde Gottes zu Höherem berufen, als zu dem, was ihr nun erlebt. Verzweifelt nicht! Stellt euch eure eigenen guten Aufgaben. Habt nicht den Weißen allein deshalb, weil ihr glaubt, daß er euch fallen gelassen hat. Auf, seid schöpferisch! Vertraut eurer eigenen schwarzen Liebe, die vorhanden ist und wirken kann ohne auf die Existenz oder die Nichtbezeugung der weißen Liebe zu warten. Nehmt nicht nur von den Weißen geistige Impulse an; ergreift die auf euch zukommende Verpflichtung, euch selber Aufgaben zu stellen, sogar so weit, den mächtigen Weißen das Evangelium zu bezeugen. Hat nicht dies sogar keiner der geheimnisvollen 'Experten' den Kommissionsmitgliedern gegenüber getan? Woher haben denn diese den Mist über die kommunistische Inspiration der Black Theology genommen?

Gibt es etwas Biblischeres, als das Volk mit Hoffnung zu beleben, schwarz wie sie sind, daß sie ebenso nach dem Bilde Gottes geschaffen sind, wie die Weißen, und daß sie sich dessen nicht zu schämen brauchen, weil ihre schwarzen Körper ebenso der Tempel des heiligen Geistes sind? ... Die Moral dieser Geschichte besteht darin, daß es für jeden Angehörigen einer Rasse gefährlich ist, den Anspruch zu erheben, daß er Experte über das innere Wirken der Seele einer andern Rassengruppe sei. Solches gilt vor allem für Südafrika, wo die Rassen durch die Anwendung der Politik der Apartheid getrennt voneinander leben sollen.»

Willi Kobe

Was will das angolesische Volk?

Seit vierzehn Jahren führt das Volk von Angola einen bewaffneten Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den portugiesischen Kolonialismus. Wie in Guinea-Bissao und Moçambique hat dieser Kampf nicht eine formelle und inhaltlose Unabhängigkeit zum Ziel. Das Volk kämpft für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit und die Einheit des Landes als Voraussetzung dafür, jede Form von Ausbeutung überwinden zu können.

Seit ihrer Gründung 1956 hat die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) diese Bestrebungen übernommen. Das allen Angolesen gemeinsame Ziel war klar: Die portugiesische Herrschaft stürzen, dem Kolonialsystem ein Ende setzen, um eine neue und unabhängige Gesellschaft aufzubauen.